

Auch bei den Löhnen wird die **gewerkschaftliche Einheit** weiter gespalten: Noch weitgehender als in den letzten Jahren wurden Öffnungsklauseln vereinbart, die die Tarifeinheit aufbrechen: Ein Teil der Lohnerhöhung („T-ZUG“) kann aus „wirtschaftlichen Gründen“ dauerhaft „verschoben, reduziert oder ganz gestrichen“ werden! Den Gipfel dieser Zersplitterung bedeutet das ausdrückliche **Fehlen jeglicher Vereinbarung über die überfällige Angleichung** der Arbeitszeit auf eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich in Ost und West – zumindest eine Zielvereinbarung dazu hatte sich die IG Metall eigentlich auf die Fahnen geschrieben. Wenn die Regelungen zur Verlängerung der Arbeitszeit im Manteltarifvertrag festgeschrieben werden, hat dies dann einige Jahre Gültigkeit.

Das können wir nicht schlucken – auch nicht mit der Faust in der Tasche. Jetzt sind wir gerade in Fahrt, warum soll gerade jetzt der Kampf abgebrochen werden? Jetzt gilt es, den Kampf um die Forderungen, für die wir in den letzten Wochen draußen waren, fortzusetzen!

Das Tarifergebnis:

4,3 Prozent Lohnerhöhung auf 27 Monate sind umgerechnet gerade mal 1,9% tariflich wirksame Erhöhung auf Dauer. Ab Juli 2019 wird ein „Tarifliches Zusatzgeld“ (T-ZUG) in Höhe von 27,54% eines Monatsgehaltes gezahlt - Beschäftigte mit Belastungen können dies wahlweise als freie Tage nehmen. Ein für alle gleicher Betrag von 400 Euro als Teil des T-ZUG kann 2019 und in den Folgejahren verschoben, reduziert oder ganz gestrichen werden. Der Anspruch auf 28-Stundenwoche kann aus verschiedenen betrieblichen Gründen abgelehnt werden. Azubis erhalten zusätzlich einen zweiten freien Tag zur Prüfungsvorbereitung.

„Mitglied einer Partei/der MLPD werden?! Das war für mich lange tabu.“

Wenn man erlebt, wie die Berliner Parteien gegen die kleinen Leute regieren, laufend Versprechen brechen. Und wenn man, wie wir im Osten, die Erfahrung mit dem Staat und an seiner Spitze mit der vermeintlichen ‚Arbeiterpartei‘ SED gemacht hat – die uns Arbeiter und ihre Kritiker am Ende des Tages bevormundet, gegängelt, unterdrückt hat. Das will man ja nicht. Mit der MLPD ist das anders - davon habe ich mich in der Zusammenarbeit überzeugt. Das ist an anderer, ein neuer Typ von Partei. Die MLPD-Genossen stehen bei uns im Kampf in der ersten Reihe und machen ernst damit, dass Ausbeutung und Unterdrückung beendet werden muss. Ich habe viel Energie reingesteckt, mich über den Kapitalismus aufzuregen und immer wieder Hoffnungen in neue „Stellvertreter“ gesetzt. Aber so geht das nicht. Man muss selber was machen, Verantwortung übernehmen und sich ändern. Ohne Organisation sind wir Arbeiter nichts und wir sollten Fehler nicht wiederholen. Ich mach jetzt mit in der MLPD.“ (aus dem Aufnahmeantrag eines Arbeiters)



Rote Fahne Magazin

Ich möchte

- Jahresabo normal (26 Ausgaben) 55,00 Euro
- Jahressozialabo 35,00 Euro (Begründung beifügen)
- Probeabo (2 Ausgaben, kostenlos) – endet automatisch

14-tägig
2,50 Euro

Abgeben bei der MLPD oder einsenden an:
Verlag Neuer Weg, Alte Bottroper Str. 42, 45356 Essen
Telefon: 0201 25915, E-Mail: vertrieb@neuerweg.de

Dass die Metall-Kapitalisten uns einen solchen Schlag ins Gesicht geben ist ja noch „normal“. Aber wie kann der IG-Metall-Vorstand dieses Ergebnis noch schön reden und empfehlen, es in anderen Tarifgebieten zu übernehmen?

Jetzt sind die Belegschaften in den Betrieben gefordert, zu dem Abschluss Stellung zu nehmen: **Ablehnung des Verhandlungsergebnisses – Urabstimmung und flächen-deckender Vollstreik!**

Allein in den ersten drei Wochen des Jahres 2018 zeugen über 1.500 Eintritte in die IG Metall allein in NRW davon, dass die Gewerkschaften dann Zuspruch kriegen, wenn die Arbeiter sie als ihre Kampforganisation sehen.

Wir haben in den letzten Wochen viel gelernt, aber die Arbeiter können sich nicht auf Tarifikämpfe beschränken. Sie müssen auch in selbständigen Kämpfen wie gegen Stilllegungen oder den Kampf um das vollständige und allseitige gesetzliche Streikrecht ihre Stärke als Klasse ausspielen. Das ist der Weg, wie die Arbeiterklasse in die Offensive kommt.

24-Stunden-Streik: Am 2.2.18 bei **Daimler Düsseldorf** erklärte ein Streikposten: „Das Düsseldorfer Sprinterwerk sieht aus wie eine belagerte Festung. Rund um das Werk, an allen Toren, stehen die weißen oder roten Zelte der Streikenden, flattern die IG Metall-Fahnen oder die Streiktransparente im Wind. Die Streik-Logistik ist gut gemeistert. Die Streikposten sind in Schichten eingeteilt. Die Stimmung ist gut. 'Unser erster richtiger Streik seit 1984', erklärt ein Kollege. 'Wir mussten das alles erst wieder lernen.' Beim Warnstreik in **Essen bei Widia:** „Die Kollegen stehen am Tor, Ölfässer mit Brennholz sind aufgebaut zum Wärmen, es gibt ein Zelt. Auffallend ist die breite Solidarität: Kollegen der Uni-Klinik, von Evonik, ein Betriebsrat von Europipe, Rentner vom Senioren-Arbeitskreis der IGM, Vertreter von MLPD und Rebell und vom Internationalistischen Bündnis sind anwesend. Wer kämpft, bekommt Solidarität.“

Stimmen von Kollegen:

Ich finde es schwierig durchzublicken. Meine Kollegen sind zunächst mal kritisch. 4,3% klingt viel, aber den meisten passt die lange Laufzeit nicht. (Kollege von Conti/Dortmund) Was ich nicht gut finde, ist die Möglichkeit, dass die Unternehmer die Arbeitszeit weiter ausdehnen können (Kollegin aus Baden-Württemberg).

Ich möchte:

- ein persönliches Gespräch
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- Dauerspender/in werden
- 2 Ausgaben des 14-tägigen Magazins **Rote Fahne** lesen (kostenlos)
- Mitglied der **MLPD** / des Jugendverbands **REBELL** werden
- Mitmachen im Internationalistischen Bündnis

Bitte persönlich abgeben oder im Umschlag an:

Zentralkomitee der MLPD | Schmalhorststr. 1c, 45899 Gelsenkirchen

Name:

Vorname:

Straße / Telefon:

PLZ / Ort:

Dafür haben wir nicht gekämpft! Jetzt Urabstimmung und Vollstreik statt fauler Kompromisse!

05.02.2018



Foto: Rote Fahne

Arbeiter in Berlin-Marienfelde fordern Angleichung der Löhne und Arbeitszeiten in Ost und West

Über 1,5 Millionen Metallerinnen und Metaller bei Demonstrationen und Streiks in allen Tarifbezirken, davon allein in der letzten Woche 500.000 mit 24-Stunden-Streiks, sind Ausdruck des auf breiter Front erwachenden gewerkschaftlichen Bewusstseins. Das brachte die Kapitalisten bereits erheblich unter Druck, so Rainer Dulger, der Chef des Kapitalistenverbands „Gesamtmittel“ am 2. Februar: „Wir wollen nicht, dass die Betriebe lange stillstehen und **die Straßen voller roter Fahnen** sind.“

Kein Wunder, war den Herren vom Unternehmerverband die Erleichterung über die Einigung am Dienstag morgen in Baden-Württemberg ins Gesicht geschrieben. Mit der erst mal hoch klingenden Lohnerhöhung und der Möglichkeit zur Absenkung der Arbeitszeit soll jetzt schnell Ruhe in die Betriebe gebracht werden. Nicht zuletzt die überlange Laufzeit von 27 Monaten soll uns für über zwei Jahre ruhig stellen. Aber da haben wir noch ein Wörtchen mitzureden!

Tatsächlich vereinbart wurde ein fauler Kompromiss, der der **Willkür der Monopole Tür und Tor öffnet und die Arbeiterbewegung spalten soll**: Während der Anspruch auf die 28-Stunden-Woche mit massiven Einschränkungen verbunden ist (siehe Kasten Rückseite) enthält der Tarifvertrag weitgehende Möglichkeiten der **Verlängerung der Arbeitszeit**. Die Quote von Beschäftigten mit einer Arbeitszeit über 40 Stunden soll von bisher 18% auf bis zu 50% (!) ausgedehnt werden und der Möglichkeit auf ein „kollektives betriebliches Arbeitszeitvolumen“ zu wechseln, das zu jedem Teilzeitbeschäftigten eine Arbeitszeitverlängerung für andere bedeutet. Dulger

frohlockt: „Mit diesem Modell haben wir genau die Flexibilisierung nach unten und **nach oben** vereinbaren können, die wir angestrebt haben“ und „damit (können) die Kapazitäten bei Bedarf insgesamt erweitert werden.“ Und weil die Kollegen ihre Arbeitszeitverkürzung weitgehend selbst zahlen, ist es eine **Verlängerung der Arbeitszeit zum Nulltarif!**

Diente die Öffnung der Arbeitszeitfrage von Anfang an nur dazu, der Regierung die Arbeit abzunehmen? Oder ist es Zufall, dass nun genau die Ausweitung der Arbeitszeit tariflich geregelt werden soll, die die große Koalition und SPD-Ministerin Nahles letztes Jahr nicht durchbekommen haben? Es kann ja wohl nicht sein, dass die Metaller jetzt die Regierungsbildung zugunsten der SPD flankieren sollen. Auch die Koalitionsverhandlungen zeigen, dass es ihnen nicht um Arbeiterinteressen, sondern um Dienstleistungen für die Monopole geht.

Diese Regelung führt den ganzen Sinn und Zweck einer Arbeitszeitverkürzung - die Arbeit auf mehr Schultern zu verteilen und damit auch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen - ad absurdum. Das ist ein **Schlag ins Gesicht vor allem der Jugend**, die Arbeits- und Ausbildungsplätze braucht. Zumal sogar der von den Kapitalisten selbst verursachte „Fachkräftemangel“ sogar ausdrücklich noch als Argument zugelassen wird, um die Arbeitszeit über 35 Stunden hinaus zu verlängern. Wie wäre es denn mal mit Ausbildung, meine Herren!?